

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 2

Vorwort: Editorial
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der schweizerische Föderalismus, im Ausland bekannt vor allem wegen seiner sprachkulturellen Integrationsleistung, war ursprünglich ein Machtkompromiss zwischen den neuen Kantonen. Dem Bund wurden gerade soviel Kompetenzen zugestanden, wie für eine minimale Vereinheitlichung des Wirtschaftsraumes notwendig waren. Die vom Volk verabschiedete nachgeführte Bundesverfassung führt den Kern des traditionellen Föderalismusverständnisses fort.

In den letzten Jahren sind in den Kantonen vermehrt Stimmen nach einer Revitalisierung des Föderalismus laut geworden. Parallel dazu wird immer deutlicher, dass heute viele Probleme nur noch überregional sinnvoll gelöst werden können. Das strapaziert die herkömmlichen, im Prinzip demokratisch verfassten Entscheidungsverfahren. Damit nicht genug: Globalisierung und Regionalisierung stellen den schweizerischen Bundesstaat mit seiner föderalistischen Grundstruktur vor neue Herausforderungen: Es stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von supranationalem, Bundes- und Kantonsrecht und damit die Frage nach der Kompetenzverteilung. Die Beiträge dieser Nummer greifen diese Fragestellungen aus unterschiedlichsten Perspektiven auf: Regula Stämpfli beschreibt, dass sich das föderative Regelsystem höchst wirksam, aus schweizerischer Perspektive aber vor allem einengend auswirken und damit die eigene Identität mitdefinieren kann. Die permanenten Grenzen, an die sie stösst, machen die Notwendigkeit von Veränderungen ebenso wie die Unmöglichkeiten föderalistischer Strukturen deutlich, die letztlich die demokratischen Rechte beschränken. Urs Hänsenberger greift den Aspekt des Finanzausgleiches auf – ein höchst aktuelles Thema, hat doch der Bundesrat Mitte April den Schlussbericht vorgestellt und in die Vernehmlassung geschickt. Die föderalistischen Strukturen erlauben es den Kantonen, all das zu regeln, was nicht explizit Bundeskompetenz ist. Diesem Föderalismusverständnis stellen sich angesichts der Globalisierung und der Frage nach europäischer Integration neue Probleme. Thomas Cottier und Daniel Wüger vom Institut für Europa und Wirtschaftsvölkerrecht der Universität Bern analysieren dieses Spannungsfeld. Martin Schällebaum widmet sich der fatalen Leerstelle in der Bundesverfassung, nämlich den Städten und deren ökonomischen und sozialen Zentrumslasten: Die Missachtung des Gestaltungswillens der Städte ist letztlich eine Frage des Geldes (materielle Steuerharmonisierung) und damit der Macht und der Interessenpolitik. Mit dem real existierenden Föderalismus beschreibt Fritz Sager eine Realität, die mit ihren ungelösten Problemen zugleich auf dessen Überwindung verweist, nämlich auf den virtuellen Föderalismus. Angesichts der harten und vielfältigen Kritikpunkte stellt Peter Hänni vom Föderalismusinstitut der Universität Fribourg die Frage, wie zeitgemäss denn der schweizerische Föderalismus noch ist. In acht Thesen fächert er gekonnt die heiklen und zugleich tabuisierten Themen auf. Adrian Schmid schliesslich rundet den Schwerpunkt ab: die Notwendigkeit der Veränderung des Föderalismus ist bewiesen; die Möglichkeit dazu bietet sich mit der Initiative, die die Grüne Partei der Schweiz lanciert.

Und wer zwischendurch denkt, hier gibt's nichts zu lachen, kann sich ungeniert der Provokation von Peter Schneider zuwenden. Oder den Karikaturen von Max Spring.

Die Redaktion